

## Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich unter der unionsgeführten Bundesregierung entspannt. Trotzdem sind immer noch zu viele Menschen ohne Arbeit. Wir werden daher die Rahmenbedingungen weiter verbessern und die begonnenen Reformen konsequent weiterführen.

- **Mehr Gerechtigkeit bei Hartz-IV:** Zum 1. Juli 2006 wurden die Hartz-IV-Leistungen in den Neuen Ländern um 14 Euro monatlich angehoben und damit dem Westniveau angeglichen.
- **Aktive Arbeitsmarktpolitik:** Wir setzen uns weiter für erfolgversprechende Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote ein. Die hierzu notwendigen Finanzmittel des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit bleiben auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau.
- **Gering Qualifizierte:** Um die Chancen am Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Menschen zu erhöhen, setzen wir uns für die Weiterentwicklung von Kombilohn-Modellen ein.

## Opfer der SED unterstützen

Die CDU hat stets an dem Ziel festgehalten, dass Menschen, die durch Unrecht, Verfolgung und Behördenwillkür in der früheren DDR geschädigt worden sind, materiell und politisch unterstützt werden. Unter Rot-Grün war keine Mehrheit hierfür zu gewinnen. Der unionsgeführten Bundesregierung ist es gelungen, eine SED-Opferpension in Höhe von 250 Euro monatlich für mehr als 40.000 SED-Opfer durchzusetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt für viele Menschen, die in der DDR-Diktatur durch Inhaftierung besonders schwer gelitten haben und noch heute wirtschaftlich schlecht gestellt sind.



## Dafür steht die CDU

Wir wollen die Bedingungen schaffen, dass Leistungsträger mit ihrem Wissen in den Neuen Ländern bleiben und Investoren ihr Kapital weiterhin dort einsetzen.

- **Freiraum für Wirtschaftsentwicklung:** Wir wollen mehr Freiraum für marktwirtschaftliche Prozesse und wettbewerbsorientierte Politik.
- **Bürokratieabbau:** Wir werden uns für weiteren Bürokratieabbau einsetzen.
- **Einsatz von Fördermitteln:** Die CDU wird sich auch in den kommenden Jahren für den effektiven Einsatz von Fördermitteln einsetzen.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.neue-laender.cdu.de](http://www.neue-laender.cdu.de)

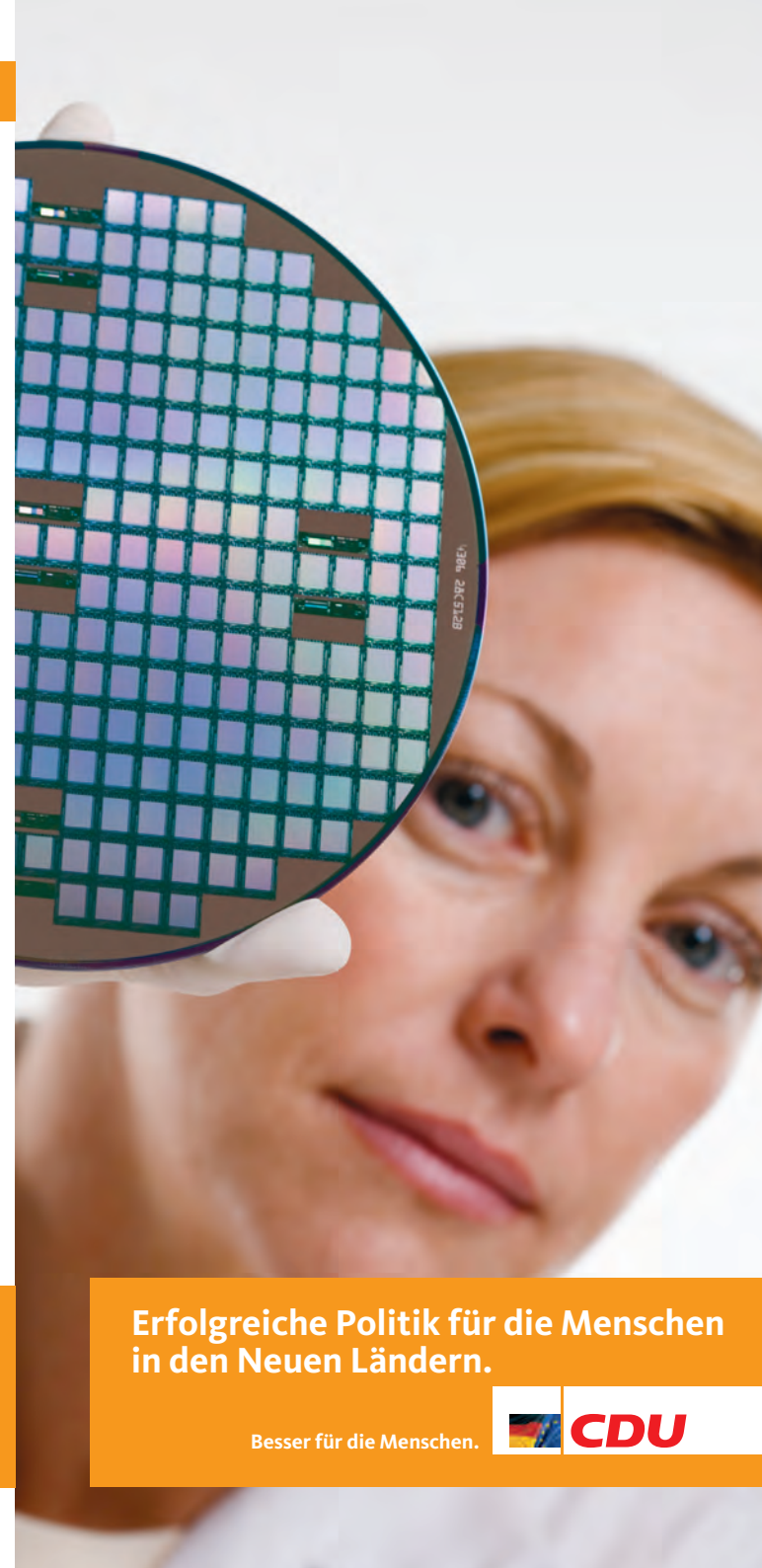
### Herausgeber

CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation

Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin

Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de) | [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

05/0807 | Bestell-Nummer: 2287



Erfolgreiche Politik für die Menschen  
in den Neuen Ländern.

Besser für die Menschen.



## Standort Ost

Seit der Wiedervereinigung präsentieren sich viele Regionen in den Neuen Ländern als moderner Teil Deutschlands im Herzen Europas. Engagement und Solidarität in ganz Deutschland, historisch einmalige finanzielle Transferleistungen, Fleiß und Aufbauwillen führten zu großartigen Modernisierungserfolgen. Städte wie Dresden, Jena und Potsdam rangieren unter den bundesweit 20 besten Standorten. Die Verkehrsinfrastruktur und die Telekommunikationsnetze gehören zu den modernsten der Welt. Wissenschafts-, Produktions-, und Technologiezentren mit innovativen Produkten sind entstanden, die im weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Trotz aller Erfolge ist es noch nicht gelungen, in den Neuen Ländern flächendeckend eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu erreichen. Dies gilt insbesondere für die ländlichen strukturschwachen Regionen mit hohen Abwanderungsraten. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehören nach wie vor zu unseren zentralen Aufgaben. Auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bleibt unser Ziel.

## Das hat uns Rot-Grün hinterlassen

Unter Rot-Grün verlor der Strukturwandel deutlich an Schwung. Die Angleichung der Wirtschaftskraft der Neuen Länder an das westdeutsche Niveau geriet ins Stocken. Die Zahl der Unternehmensschließungen übertraf die Anzahl der Unternehmensgründungen. Die technologische Leistungsfähigkeit – gemessen an den Patentanmeldungen – ging zurück. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung setzte sich unvermindert fort.



## Das haben wir seit dem Regierungswechsel erreicht

Seit dem Regierungswechsel im Jahre 2005 hat der Dreiklang „Sanieren – Investieren – Reformieren“ der Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel Wachstum und Beschäftigung neuen Schwung verliehen. Um den Menschen in den Neuen Ländern bessere Chancen zu eröffnen, halten wir an folgenden Zielen fest:

- **Solidarpakt II:** Wir treten geschlossen dafür ein, dass die bis 2019 zugesagten Mittel von 156 Milliarden Euro unverändert und in vollem Umfang für die Neuen Länder, insbesondere für Investitionsförderung, eingesetzt werden.
- **Effizienter Einsatz von Fördermitteln:** Wir setzen uns für eine intensive Vernetzung von technologieorientierter Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur ein. Es gilt, Spitzenforschung und Hochtechnologie mit Unternehmen und Kapitalgebern noch stärker als bisher zu verbinden.
- **Ausbau der Infrastruktur:** Die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ werden wir zügig abschließen. Die Projekte des europäischen Verkehrsnetzes treiben wir weiter voran. Wir stellen finanzielle Mittel bereit, damit die Verkehrsverbindungen mit Polen und Tschechien ausgebaut werden.
- **Beseitigung wachstumshemmender Bundesgesetze:** Um die Standortvorteile der Neuen Länder für Investoren zu erhalten, sind Bürokratieabbau und vereinfachte Genehmigungsverfahren von besonderer Bedeutung. Wir setzen uns für umfangreiche Öffnungs- und Experimentierklauseln gegenüber dem Bundesrecht ein.

- **Europäische Strukturförderung:** Die Mittel aus dem EU-Strukturfonds sollen in der Förderperiode 2007 – 2013 in den Neuen Ländern noch zielgerichteter eingesetzt werden.
- **Mittelstand stärken (Basel II):** Seit Januar 2007 wurden die internationalen Regeln zur Eigenkapitalrücklage der Kreditwirtschaft neu geordnet. Im Rahmen der Verhandlungen gelang es, alle von uns geplanten Erleichterungen für den Mittelstand vollständig umzusetzen und alle nationalen Ausnahmerechte zugunsten der Mittelstandsfinanzierung auszunutzen. Diese sind für die Neuen Länder von großer Bedeutung: Hier müssen Kreditinstitute für Mittelstandskredite bis eine Million Euro künftig deutlich weniger Mindesteigenkapital für Kredite in der Bilanz vorhalten als bisher.
- **Unternehmensteuerreform stärkt den Aufschwung:** Mit der am 25. Mai 2007 verabschiedeten Unternehmensteuerreform stärken wir den Standort Deutschland. Hiervon werden auch die mittelständischen Unternehmen in den Neuen Ländern profitieren.



Die neue Rügenbrücke